



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Martin Böhm, Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Energie für Bayern - sozial und günstig II: Stromsteuer auf EU-Minimum senken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Absenkung der Stromsteuer um 90 Prozent auf den EU-Mindestsatz einzusetzen.

Begründung:

Aufgrund der Energiewende haben sich die Stromkosten in Bayern in den letzten 20 Jahren verdoppelt bzw. verdreifacht: für Haushalte von 14 ct/kWh auf 31,4 ct/kWh und für die Industrie von 6 auf 18,6 ct/kWh. Mittlerweile hat Deutschland die höchsten Strompreise weltweit.

Steuern und Abgaben machen über die Hälfte des Strompreises für Industriekunden aus, wobei allein 8,6 Prozent auf die Stromsteuer entfallen. Die Steuer- bzw. Abgabenlast der Stromkosten für private Haushalte beträgt sogar 53 Prozent, wobei die Stromsteuer immerhin noch 6,5 Prozent ausmacht.¹

Strebt man eine Dekarbonisierung und Elektrifizierung der Gesellschaft an, wie es die Bundesregierung offenkundig tut, und will man gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Industrie gewährleisten sowie private Haushalte vor den Auswirkungen der Strompreisinflation schützen, müssen die Strompreise gesenkt werden. Die Sachverständigenanhörung „Bezahlbarkeit der Elektrizität“ im Landtag vom 28.10.2021 hat gezeigt, dass die Absenkung der Stromsteuer um 90 Prozent auf das EU-zulässige Minimum als ein zentrales politisches Instrument dafür gesehen wird. Diese Ansicht teilen u. a. die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), die Verbraucherzentrale, TenneT, ChemDelta Bavaria² sowie der Wirtschaftsbeirat Bayern.³

Die Absenkung der Stromsteuer um 90 Prozent wird die deutsche Wirtschaft um 6 Mrd. Euro und jeden Bürger um rund 73 Euro jährlich entlasten.

Eine Gegenfinanzierung könnte über die Senkung der Staatsausgaben in anderen Bereichen gewährleistet werden, z. B. für Asyl (ca. 35,6 Mrd. Euro jährlich), unnötige staatliche Subventionen (ca. 7 Mrd. Euro jährlich), Netto-Finanzleistungen an die EU (ca. 27 Mrd. Euro jährlich) sowie die verschiedenen Sondervermögen des Bundes (über 100 Mrd. Euro).⁴

¹ Faltlhauser M. (2020). Zahlen und Fakten zur Stromversorgung in Deutschland. Wirtschaftsbeirat Bayern. URL: https://www.wbu.de/media/news/positionen/publikationen/2020_ZahlenundFaktenzurStromversorgunginD2020.pdf

² Siehe deren Stellungnahmen zur Sachverständigenanhörung „Bezahlbarkeit der Elektrizität“ am 28.10.2021 im Bayerischen Landtag.

³ Wirtschaftsbeirat Bayern (2021). Effektive Klimapolitik – Wettbewerbsfähige Industrie. URL: https://www.wbu.de/media/user_upload/20210623_Positionspapier_EffektiveKlimapolitik-wettbewerbsf%C3%A4higeIndustrie.pdf

⁴ Kofner Y. (2021). Blue Deal: Fiscal and economic effects of the AfD's economic program. MIWI Institute. URL: <https://miwi-institut.de/archives/1284>